

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 19 (1993)
Heft: 4

Artikel: Der Frauenfrühling 1993 als Medienereigniss
Autor: Wenger, Susanne / Füeg, Karin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-361455>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER FRAUENFRÜHLING 1993

ALS MEDIENEREIGNISS

Lila Rauch – Bundesrätin doch noch gewählt. Zur Ersatzwahl in den Bundesrat ist schon viel geschrieben worden. An dieser Stelle soll ein besonderer Aspekt vertieft werden: Die Wahl war ein Medienereignis erster Güte. Besonders mit der Nichtwahl der offiziellen Kandidatin geriet sie zu einer Frauenfrage, die in den Medien entsprechend thematisiert wurde. Welche Aspekte aber griffen die Medien aus der Frauenfrage auf? Wie präsentierte sich 1993 der Stand des Wissens und der Meinungen zu Fragen der Gleichstellung der Geschlechter in der deutschschweizerischen öffentlichen Meinung? In die Untersuchung einbezogen wurden Zürcher und Berner Printmedien.

von SUSANNE WENGER
(MITARBEIT: KARIN FÜEG)

Bevor am 3. März Nationalratspräsident Paul Schmidhalter die Wahl Francis Mattheys zum Bundesrat von seinem Zettel ablas und dadurch die Verschmähung der offiziellen Kandidatin Christiane Brunner durch die Mehrheit der Bundesversammlung sichtbar machte, spielte der Faktor Geschlecht in der Medienberichterstattung über die Kandidatur Brunner keine herausragende Rolle. Es wurden Stimmen aus der SP zitiert, die davon ausgingen, dass die "Option Frau" nun einzulösen sei (z.B. "Berner Tagwacht", 20.2.93); eher beiläufig war in Artikeln die Rede vom "selbstverständlichen Frauenanspruch" (z. B. "Berner Zeitung BZ" vom 5./15.2.93). Wenn die Zeitungen Christiane Brunner porträ-

tierten, befragten die JournalistInnen sie – unter anderem – auch zu Themen rund um die Gleichstellung der Geschlechter (z.B. "Der Bund", 25.2.93). Dies gab Brunner Gelegenheit, alte Postulate der Frauenbewegung einzufordern, etwa die Mutterschaftsversicherung oder – beschämend genug – endlich die Beteiligung der Schweizer Frauen in der Exekutive.

Auch Presseberichte über die Schlamschlacht gegen Christiane Brunner führten kaum zu einer Thematisierung des Faktors Geschlecht. Medien, unter denen einige durch die Portierung des anonymen Schreibens selber kein Ruhmesblatt spielten, lobten in Kommentaren durchwegs die Reaktion von Christiane Brunner als souverän und staatspolitisch überzeugend. Ausserdem ordneten sie die Ereignisse in Hintergrundartikeln ein in eine eigentliche Schlamschlacht-Tradition bei Wahlen in den Bundesrat ("BZ", 6.2.93; "Bund", 10.2.93) – meist die auffällige Tatsache ignorierend oder nur in Nebensätzen zur Geltung bringend, dass zwar tatsächlich auch hin und wieder Bundesratskandidaten betroffen waren, dass aber sämtliche bisher für den Bundesrat kandidierenden Frauen Opfer von derartigen persönlichen Angriffen wurden. Nur das Zitieren von betroffenen Politikerinnen liess in dieser Beziehung wichtige Aspekte in drucker-schwarz erscheinen; wieder war also primär Christiane Brunner selbst das Sprachrohr für feministisch differenzierte Argumente.

Innerhalb der kommentierenden Darstellung der Printmedien benannte einzige die "Wochenzeitung" (WoZ) deutsch und deutlich den Sexismus der Schlamschlacht: "Der Fall Brunner bestätigt: die männliche Schweizer Politikerklasse will unter sich bleiben. Steht in einem anonymen Schreiben, man verfüge über ein Foto, auf dem die Bundesratskandidatin 'toute nue' zu sehen sei, gehen Männern wie Carlo Schmid und Christian Kauter (Parteipräsident der CVP, Generalsekretär der FDP, Anm. der Verf.) bereits die Phantasien durch: da wird in ihrem Kopf die

SMUV-Präsidentin und Nationalrätin, erfolgreiche Rechtsanwältin, nullkommaplötzlich zur Nur-noch-Frau. (...) Und Forderungen nach 'Unbedenklichkeitserklärungen' entpuppen sich schnell einmal als männliche Abwehr gegen eine Person, die gerade aus ihrem feministischen Engagement keinen Hehl macht (sondern vielmehr Politik)." ("WoZ", 12.2.93)

Für die Mehrzahl der untersuchten Printmedien war es also nicht vonnöten, geschlechtsspezifische Hintergründe aufzuzeigen, etwa den Fragen nachzugehen, warum an politisierende Frauen andere moralische Anforderungen gestellt werden; warum Frauen, die nach höheren politischen Ämtern greifen, grundsätzlich kritischer betrachtet und eher angegriffen werden als Männer.

GÖNNERHAFTIGKEITEN EINERSEITS...

Erst mit der Nichtwahl von Christiane Brunner, der darauf folgenden Woche Frauenprotest und der Wahl von Ruth Dreifuss gewann der Faktor Geschlecht auch in den Medien an Gewicht. Zwar sorgten sich Kommentare und Berichte wort- und umfangreich um Belanglosigkeiten wie Staatskrise, Zauberformel, Fraktionssitzungen, Besprechungen, Wahlszenarien, indes: Die "Ohrfeige für die Frauen" ("BZ", 11.3.93) wurde beim Namen genannt, der Wut der Frauen Raum gegeben. Auch Hintergrundartikel, die den Faktor Geschlecht berücksichtigten, tauchten nun bei den Versuchen, das Verdict zu erklären, hie und da auf.

Nicht alle waren jedoch gleich fundiert: Die von inhaltlichen und verbalen Gönnerhaftigkeiten ("Frauenvolk", "unsere Frauen") durchsetzte Analyse des Zürcher Politologen Leonhard Neidhart in der "NZZ" etwa machte es sich zu einfach. Neidhart schob die Verantwortung schlicht den Frauen selbst zu und riet den "teils beinahe hysterisch gewordenen Kritikerinnen und Kritikern, sich

wieder einmal hinter die Ohren zu schreiben“, dass sich schliesslich „die politischen Partizipations- und Interventionsmöglichkeiten des weiblichen Teils des Schweizer Souveräns durchaus sehen lassen können, ja im internationalen Vergleich sogar herausragend sind. (...) Unser schweizerisches Regierungssystem ist ein in geradezu extremem Massen dezentralisiertes und pluralistisches Gebilde, in dem es rund 3000 teilautonome Gemeinden, 26 teilsouveräne Kantone mit vielen Parteien, Kommissionen, Vereinen, Aufsichtsgremien, Räten usw. gibt, wo überall auch die Frauen Interventions- und politische Mitgestaltungsmöglichkeiten haben und auch haben können, wenn sie es wollen.“ („NZZ“, 15.3.93)

Kein Wort des Politologen im Professorenstatus also darüber, dass die Umsetzung der theoretischen Partizipationsmöglichkeiten für Frauen eben nicht geradlinig und einfach verläuft. Dass viele (strukturelle und mentalitätsbedingte) Hindernisse ihr entgegenstehen, wie doch gerade diese Bundesratswahl überdeutlich demonstriert hatte, zusammen zum Beispiel - um nur eines der von Neidhart angeführten Gremien zu nennen - mit dem kleinen Frauenanteil in kantonalen Exekutiven.



Doch es kam noch dicker. Neidhart ordnete eine neue „Frauenklasse“: „Postmoderne Frauen“ (urbanisiert, geschieden, erwerbstätig), von denen Christiane Brunner eine sei, so dass sich viele Frauen mit ihr hätten identifizieren können. So weit, so soziologisch. Doch der Grund nun, den Neidhart an erster Stelle nennt für die Erklärung von Enttäuschung und Protest dieser Frauen nach der Nichtwahl Brunners, ist ein vulgärpsychologischer: „politischer Liebesentzug“ durch die Männermehrheit der Bundesversammlung.

...SERIÖSE HINTERGRÜNDE ANDERERSEITS

Anderen Zeitungen dienten Frauenanteile verschiedener europäischer Exekutiven und Legislativen als Vergleichsbasis, sie führten Chronologien an zum steinigen Weg der Schweizer Frauen an die politische Macht seit der Einführung des Frauenstimmrechtes. Der „Bund“ brachte am 8. März, dem Internationalen Frauentag, der sinnigerweise in jene Woche fiel, eine Hintergrundseite eines Politologen zur schweizerischen Gleichstellungspolitik. Dort wurde endlich das thematisiert, was letztlich die ganzen Abwehrreflexe gegen Frauen in der Politik verursacht: tief verankerte Nachwirkungen alter sozialer Rollenerwartungen, bürgerliche Vorstellungen von geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, welche die Frauen nach wie vor dem Innenraum Familie zuweisen und den öffentlichen Raum, inklusive Staat, den Männern vorbehalten.

Yvonne-Denise Köchli klagte in der „Weltwoche“ die Bundesversammlung denn auch an, noch dem Frauenbild des 19. Jahrhunderts anzuhängen – aus massivstem Eigennutz, denn die selbstbestimmte, befreite Christiane Brunner „bringt die bürgerliche Ehe mit der traditionellen Arbeitsteilung ins Wanken, und das sehen die alten Patriarchen höchst ungern, sind sie es doch, die von dieser Einrichtung am meisten profitiert haben: Ohne Doppelbelastung durften sie bislang Karriere machen und dane-



ben ein kultiviertes Familienleben geniessen.“ („Weltwoche“, 4.3.92)

Im „Bund“ erläuterte eine andere Politologin Massnahmen zur politischen Frauenförderung (Frauenlisten, -quoten, Platz schaffen für weibliche Kandidaturen und diese auf Listen bevorzugt behandeln). Und sie erklärte, warum Bundesratskandidatinnen wie Christiane Brunner gar nie jenen Zustand erreichen können, der in den Augen der Mehrheit der Bundesversammlung das Bundesratsprofil ausmache: Weil dieses von der idealtypischen männlichen Politbiographie geprägt sei (11.3.93).

Die „WoZ“ analysierte die Wucht und die Formen des gesellschaftlichen Protestes gegen die Nichtwahl und kam zum optimistischen Schluss, dass sich Anliegen der neuen Frauenbewegung trotz des immer wieder abflauenden Aktivismus verbreitet hätten, gleichsam durch gelebte Realitäten: Es gebe eine ganze Generation junger Frauen, die mit dem Frauenstimmrecht und dem neuen Eherecht aufwachse. Gleichberechtigung sei für sie selbstverständlich und ihre Zurückweisung schlicht nicht akzeptabel.

DIE STILFRAGE IST POLITISCH

Zeitungen zitierten auch Politikerinnen, die nach Gründen für die Zurückweisung Christiane Brunners suchten und dabei wiederholt von Ängsten sprachen, von „Urängsten, undefinierbaren Ängsten“ („Bund“, 4.3.93) vor – gemessen am Massstab des parlamentarischen Durchschnitts – unkonventionellen Frauen. Dies führt zum Punkt, der sich in der öffentlichen Diskussion um die Bundesrätinnen-Wahl in den untersuchten Medien als absolut dominant erwies: Die Stilfrage! Christiane Brunners Art zu politisieren erschien den meisten KommentatorInnen als begrüssenswerter, neuer, moderner Politstil. Brunner spreche nicht die Sprache der Politiker (sic), sondern äussere sich di-

rekt, verpacke den Inhalt nicht in leere Worthülsen. Sie beziehe eindeutig Position und hebe sich damit wohltuend von jenen ab, die zu allem und jedem eine nichtssagende Antwort auf Lager hätten („BZ“, 10.2.93).

Christiane Brunner selbst sprach sich in Interviews für eine kommunikationsfreudigere, volksnahere und lustvollere Politik aus (z.B. „Bund“, 25.2.93; Weltwoche, 11.2.93). Einige KommentatorInnen sahen dies generationenspezifisch begründet, in einer Art helvetischen Clinton-Effekt. Für andere KommentatorInnen hatte der Stil der Christiane B. jedoch stark mit ihrem Geschlecht zu tun. Claudine Böhnen sprach im „Bund“ davon, dass Brunner als Frau und Gewerkschafterin auch im Alltag verankert sei (4.3.93). Die Kandidatin selbst unterstützte diese Argumentation und betonte in einem Interview, Frauen hätten meistens einen anderen Zugang zur Politik: Sie wisse zum Beispiel, wovon sie rede, wenn von Erziehungsproblemen oder beruflicher Tätigkeit die Rede sei („Bund“, 25.2.93).

Für Klara Obermüller in der „Weltwoche“ war das Auftreten des Kandidatinnduos vor der Wahl ein Beleg für den echten Willen der beiden, „eine Politik zu machen, die sich in wesentlichen Dingen von derjenigen ihrer männlichen Kollegen unterscheidet. (...) Da gab es kein Gerangel, kein Taktieren und kein heimliches Rivalisieren. Da traten zwei Frauen auf, die mit Nonchalance und einer Sicherheit, wie sie nur aus grosser innerer Freiheit kommt, der vereinigten Bundesversammlung vor Augen führten, was im Leben und in der politischen Arbeit wirklich zählt: die Persönlichkeit und nicht die hohle Würde irgendeines Amtes, einer sozialen Stellung oder öffentlichen Funktion.“ (Weltwoche, 11.3.93)

Frauen, die aufgrund ihres Lebenszusammenhangs Politik anders angehen – diese Thematik liess die „WoZ“ die Schriftstellerin Monique Läderach auf

die Ebene der gesellschaftlichen Visionen heben: „Ich spreche von der Gesellschaftsform, die uns diese Herren aufzwingen wollen und für die sie alles aus dem Weg räumen, was sie hindert: das, was nicht rentiert, das, was nicht leistungsorientiert ist, sich nicht an der Macht orientiert. (...) nicht zu reden von all den Dimensionen des menschlichen Abenteuers, die vernachlässigt, ignoriert, verworfen werden – Zärtlichkeit, Träume, Schwäche, Einsamkeit, Krankheit, Tod und vieles andere mehr.“ („WoZ“, 12.3.93) Für die weisse Schriftstellerin war die Nichtwahl von Christiane Brunner in diesem Sinne frauenfeindlich: „Mit derselben überheblichen Geringschätzung meinen diese Herren – und leider auch diejenigen Damen, die ihnen an den Fersen kleben – dass die Macht auf eine bestimmte Art und in eine bestimmte Richtung ausgeübt werden muss und dass nur die Männer, die echten, dazu fähig sind.“

CHRISTIANE ALS DIE „ANDERE“

Es ging in dieser Stilfrage also auch um Hintergründigeres, äusserlich schwerer Fassbares als Sprache und Sachthemen. AnhängerInnen, aber auch GegnerInnen stellten fest, dass Christiane Brunner in vielen Beziehungen „anders“ war. Es war schwer zu benennen, aber dieses Es war wohl verantwortlich für die Heftigkeit der Reaktionen auf beiden Seiten. Klara Obermüller in der „Weltwoche“ und Mascha Madörin in der „WoZ“ versuchten die Definition. Obermüller zeichnete in ihrem Porträt Christiane Brunner als Politikerin, für die das Bundesrätinnenamt zwar um der Sache (z.B. der Frauen) willen, um verkrustete Strukturen und erstarrte Denkmuster aufzubrechen, erstrebenswert sei, die aber persönlich keineswegs darauf angewiesen sei („c'est à prendre ou à laisser“). Für Obermüller liegt hierin der Grund, warum Christiane Brunner für männliche Amtsträger eine Bedro-

hung dargestellt habe: "Wer seine Selbstsicherheit in erster Linie aus der Bedeutung seines Amtes bezieht, kann nur schwer verkraften, wenn jemand ihm die Belanglosigkeit solcher für ihn lebenswichtiger Machtpositionen vorlebt. Genau das aber tut Christiane Brunner." ("Weltwoche", 11.2.93) Madörin dagegen versuchte, die Heftigkeit des Engagements pro Brunner zu erklären. Unter dem Titel "Die Stilfrage ist politisch" kam sie zu folgendem bemerkenswerten Schluss: "Ich bin sicher, dass Christiane Brunner auf viele Frauen erotisch wirkt, sie erinnert an eigene Lebenslust und -ziele. Frauen, die sich für höhere politische Zwecke selbstlos aufopfern und dafür leiden, wurden ja schon immer als Vorbilder gefeiert – auch links. Der einzige höhere Zweck, der auf keinen Fall salonfähig ist, sind die Freiheiten und die Lebenslust der Frauen selbst." ("WoZ", 12.3.93)

Auch Yvonne-Denise Köchli hakte in der "Weltwoche" hier ein: Brunner habe mit ihrer lustvollen Leichtigkeit die Legende widerlegt, wonach Karrierefrauen einsame und unglückliche Wesen seien. Sie habe gezeigt, dass Frauen in gesellschaftlichen Schlüsselstellungen richtiggehend aufblühten, dass sie Spass an der Macht hätten (4.3.93). In der Abwehr dieser Frau, die sich in ihrer politischen Karriere nicht die Markierungen der Männer habe antragen lassen, zeigte sich für Mascha Madörin deshalb – neben der offensichtlichen politischen Diskriminierung – auch eine Art struktureller Gewalt gegen Frauen, die schwer fassbar sei.

ANWALTSCHAFTLICHER JOURNALISMUS

Ein Fazit kann nicht anders als zwiespältig ausfallen. Immerhin ist durch diese Bundesrätinnenwahl offenbar die Notwendigkeit von Frauenförderungsmassnahmen in der Politik endgültig ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Ge-

wöhnliche Tageszeitungen thematisierten Quotenregelungen, Frauenlisten etc. Feministisch bewusste JournalistInnen wagten den anwaltschaftlichen Journalismus für die Frauen und hoben die Diskussion auf eine analysierende, Hintergründe (vor allem: alte Rollenbilder und Weiblichkeitvorstellungen) aufzeigende, auch für den feministischen Diskurs nützliche Ebene. Und dies war wichtig. Denn nicht nur die Bundesversammlung zeigte ihr überholtes Frauenbild. Auch in der öffentlichen Meinung waren Stimmen zu vernehmen, die die nachhaltige Wirkung des traditionellen, mit der bürgerlichen Gesellschaft entstandenen Frauenbildes auch noch am Ende des 20. Jahrhunderts demonstrierten. Schillers Ballade "Das Lied von der Glocke", aus der in LeserInnenbriefen immer wieder ein bestimmter Vers zur Charakterisierung der in Bern protestierenden Frauen bemüht wurde ("da werden Weiber zu Hyänen"), zeigt den Zusammenhang zum Rollenbild deutlich: Weitere Verse dieses aus der beginnenden Hochblüte des Bürgertums stammenden Gedichtes (1799) umschreiben nämlich die gesellschaftliche Rolle der Frauen so:

Und drinnen walten
Die züchtige Hausfrau,
Die Mutter der Kinder,
Und herrschet weise
Im häuslichen Kreisse.

Auch Formulierungen wohlmeinender JournalistInnen deuteten daraufhin, dass differenzierte Aufklärung rund um die Frage der Gleichstellung der Geschlechter weiter not tut. Der "Bund"-Chefredaktor z.B. war der Meinung, dass die "Frauenpower" eine Reform unserer Institutionen zu erreichen in der Lage sei, eine Erneuerung der Konkordanz, also der Politik des Ausgleichs und der Partnerschaft, "welch letzteres die Frauen doch ohnehin besser verste-

hen dürften" (11.3.93) – eine Aussage, die zu sehr an Geschlechtscharakterideologien des 19. Jahrhunderts erinnert.

"NZZ"-Redaktorin Esther Girsberger liess sich in einem Porträt von Ruth Dreifuss und auf der Suche nach Gründen, warum die Bundesversammlung wohl Dreifuss Brunner vorgezogen habe, zu folgenden Sinnierungen hinreissen (und wir hatten nicht den Eindruck, dass sie ironisieren wollte): "Die behäbige Statur von Frau Dreifuss und die Art, wie sie sich kleidet und frisiert, lassen sie zwar nicht älter als 53, aber doch mehr als sieben Jahre älter als Christiane Brunner erscheinen. (...) Die ledige (...) Ruth Dreifuss ist – im Gegensatz zu Frau Brunner – nicht Mutter, doch hat man keine Hemmungen, ihr das Prädikat 'Landesmutter' anzuhängen." ("NZZ", 11.3.93)

Es bleibt also noch viel zu tun. Mit der "WoZ" ist zu hoffen, dass der Schweizer Frauenfrühling von 1993 weder vergeht noch vereinnahmt wird, sondern weitergetragen werden kann – unter Begleitung kritischer Medien.



SUSANNE WENGER
geb. 1965, lic. phil. I
(Geschichte,
Medienwissenschaft und
Germanistik), lebt in Bern und
ist neue EMI-Mitarbeiterin.